

Dossier

Militärische Zusammenarbeit als rhetorische Übung?

Die französische und deutsche Verteidigungspolitik verfolgen entgegengesetzte Ziele

JOHANNES THOMAS

In der Gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages vom 22. Januar 2003 „unterstreichen Deutschland und Frankreich [...] die Qualität und die Bedeutung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung.“ Prunkstück dieser Zusammenarbeit ist die Deutsch-Französische Brigade, die allerdings bislang nur „Petersberg-Missionen“ erfüllt hat, etwa im Rahmen ihres KFOR-Einsatzes im Kosovo. Was solche Einsätze konkret bedeuten, hat kürzlich ein Bericht der Human Rights Watch-Organisation über die Vertreibung von 4 000 Serben und Roma aus ihren Häusern im Kosovo durch kosovarisch-albanische Nationalisten im März dieses Jahres festgestellt: Die deutschen ebenso wie die französischen KFOR-Soldaten haben sich unsichtbar gemacht und die Angreifer gewähren lassen.

Für die militärische Glaubwürdigkeit Europas ist mit solchen Einsätzen also offenbar noch nicht viel gewonnen. Frankreich geht deshalb auch eigene Wege. Es verfolgt eine konsequente Strategie zur Bestätigung seiner europäischen Führungsposition und unternimmt dazu enorme finanzielle Anstrengungen, während Deutschland die Bundeswehr so weit finanziell austrocknet, dass sie gerade noch ihre nicht mehr rückgängig zu machenden Verpflichtungen zu Rüstungskäufen realisieren kann, aber ansonsten nicht in der Lage ist, ihre Bündnisverpflichtungen zu

erfüllen. Das hat naturgemäß desaströse Folgen, und zwar für Deutschlands außenpolitischen Rang. Denn so heißt es in einer Erklärung zu „Défense européenne et souveraineté nationale“ auf dem Site des französischen Verteidigungsministeriums: „Der zentrale Punkt, an den uns der Kosovo wieder erinnert hat, bleibt der, dass das Gewicht einer jeden Nation innerhalb einer Gemeinschaft von seinem eigentlichen militärischen Beitrag im Fall einer Krise abhängt.“¹

„Framework nation“, „nation cadre“

„Nation-cadre“ bedeutet konkret: Die Fähigkeit der französischen Armee, multinationale Einsätze zu planen und durchzuführen sowie zu diesem Zweck die militärischen Beiträge anderer teilnehmender Nationen entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen einzufordern und sie um die eigenen nationalen Fähigkeiten herum zu gruppieren. Frankreich orientiert sich dabei am Lieblingsgegner aller politischen Redekunst, den USA. Deshalb ist die französische Bezeichnung für die Führungsrolle nicht zufällig ein Lehnwort aus dem Amerikanischen. Und deshalb wollte man eben auch von den USA lernen, was man alles noch braucht, um eine solche Führungsmacht zu sein.

Wie zunächst von der Regierung geheim gehalten, kämpfen seit Juni 2002 französi-

sche Eliteeinheiten der Armee in Afghanistan gegen Taliban und Al Qaida in einer Koalition unter amerikanischer Führung. Unmittelbar nach dem 11. September 2001 hatte Frankreich bereits seine Marine, unter anderem mit dem Flugzeugträger Charles de Gaulle und den auf ihm stationierten Kampfflugzeugen, auf die Reise geschickt und seine Luftwaffe eingesetzt. Frankreich war im Marinebereich der wichtigste und bei den Boden- und Luftesätzen nach Großbritannien der zweitwichtigste Partner der USA.² Amerikanische Militärs haben die französischen Truppen über alle Maßen gelobt. Die französischen Militärs mussten allerdings feststellen, dass sie mit den Amerikanern nur kommunizieren konnten, wenn diese sich der NATO-Kommunikationssysteme bedienten. Ansonsten blieben sie von der Kommunikation ausgeschlossen.³ Das erklärt, weshalb der französische Staatspräsident bei der Erläuterung der Militärplanung 2003–2008 am 30. September 2002 vor den Armeen hervorhob: „Wie die jüngsten Einsätze in Afghanistan unterstrichen haben, muss unser Ziel die Beherrschung der Information in Echtzeit sein, und zwar durch alle in ein und demselben Einsatzbereich tätigen Akteure.“

Die Verwirklichung dieser und anderer Projekte soll dazu führen, dass Frankreich, „die Verantwortung als Führungsmacht in Europa übernehmen kann“. Dennoch könne Frankreich nicht alles selbst bereitstellen. So müssten im „Bereich des Lufttransports“ Lösungen im europäischen Rahmen gefunden werden, die „die Kohärenz unserer Einsatzmittel“ aufrechterhalten können.⁴ Folglich wurde Deutschland zu einer von deutscher Seite zunächst nicht gewünschten Anschaffung von zunächst 72, dann (wegen Finanzierungsproblemen) 60 A-400M Lufttransportern verpflichtet.

Im Sinne von Frankreichs Führungsrolle wurde inzwischen auch die Einrichtung eines Generalstabs in Lille beschlossen, der ab 2006 den Einsatz von 50 000 bis 80 000 Sol-

daten für multinationale Einsätze im Rahmen von EU, NATO oder unabhängig von diesen Organisationen planen und kommandieren können soll.⁵ Dass es primär um die Verbesserung der nationalen Fähigkeiten geht, kann man unter anderem der bereits zitierten Erläuterung zur „Défense européenne“ auf dem Site des Verteidigungsministeriums entnehmen. Danach kommt es für Frankreich darauf an, seine autonome und souveräne Entscheidungsfähigkeit im Krisenfall zu bewahren. Nur so könne die „Einflussmöglichkeit Frankreichs maximiert“ werden und die Konstruktion eines Europas der Verteidigung für Frankreich ein Einfluss- und Machtvehikel darstellen [...].“

Dank der Ablösung der sozialistischen Regierung konnte eine solche Politik auch mit den nötigen Haushaltsmitteln unterstützt werden. So stieg der Verteidigungshaushalt gemäß der Militärplanung 2003–2008 gegenüber 2002 schon 2003 um 7,5 Prozent auf 31,07 Milliarden Euro (ohne Pensionskosten). Die Ausgaben für Modernisierungen und Neubeschaffung stiegen um 11,2 Prozent. Das war besonders deshalb notwendig geworden, weil unter der Regierung Jospin die Einsatzfähigkeit etwa bei den Landstreitkräften auf 60 Prozent gesunken war.⁶ Das Budget für 2004 stieg gegenüber 2003 noch einmal um 4,3 Prozent und beläuft sich (ohne Pensionskosten) auf 32,4 Milliarden Euro. Und so soll es bis 2008 weitergehen. Daher hat Frankreich keine Mühe, personell wie materiell seinen Beitrag von 20 Prozent zum „Europäischen Schnellen Eingreifkorps“ zu leisten. An der NATO-Response-Force ist Frankreich sogar mit der zweitgrößten Streitmacht beteiligt.⁷ Nicht zuletzt darauf gründet sich sein Anspruch, Einsätze im Rahmen von ESVP oder NATO zu planen und zu kommandieren. Das von Paris verfolgte Konzept führt allerdings dazu, dass, wie schon beim ESVP-Einsatz in Ituri/Kongo, nach US-amerikanischem Muster eine „Koalition der Willigen“ gebildet wird, die unter

französischer, nicht europäischer Führung operiert. So aber, das heißt als jeweiliges Bündnis von Einzelstaaten unter französischem Kommando, wird die ESVP noch nicht europäisch im eigentlichen Sinne. Dazu bedarf es weitergehender Integration. Integration darf nicht da aufhören, wo sie schon in den deutsch-französischen Vorschlägen für eine europäische Verfassung auf französischem Wunsch hin aufhören musste, nämlich im Fall militärischer Konfrontation. Denn genau von der Fähigkeit zur gemeinsamen militärischen Antwort hängt die außenpolitische Glaubwürdigkeit Europas letzten Endes ab. Paris setzt allerdings vorerst noch auf die intergouvernementale und also nationale Lösung.

So treibt Frankreich auch seine Aufrüstungspläne für eine nationale strategische Abschreckung voran, und zwar vor allem über seegestützte Atomwaffen. Unter anderem wird ein viertes Atom-U-Boot gebaut, das mit Atomraketen mit einer Reichweite von 6 000 bis 8 000 km (M 51) ausgerüstet wird. Die an Bord des Flugzeugträgers Charles de Gaulle stationierten Mirage 2000N und Super-Étendards mit einer Reichweite von 3 000 beziehungsweise 1 500 km können ebenfalls mit Atomraketen (mit der 15fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe) ausgerüstet werden. Hinzu kommen Pläne zur Entwicklung miniaturisierter Atomwaffen.⁸ Dass es in diesem Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik keine Gemeinsamkeiten mit Deutschland geben kann, versteht sich von selbst. Eine Europäisierung dieser Abschreckungspotenziale ist erst recht nicht zu erwarten, jedenfalls nicht mittelfristig.

Deutschland verletzt Bündnisverpflichtungen

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Studie von Prof. Dr. Jürgen Schnell, Generalleutnant a.D.: „Zur Reform der Bundeswehr aus ökonomischer Sicht. Aktualisierung von Studienergebnissen“, Juni 2004.⁹

Im Jahr 2000 betrug der geplante Streitkräftenumfang der Bundeswehr 340 000 Soldaten (Deutschland bis zur Wiedervereinigung: 490 000, Frankreich heute: 446 653). 2002 wurde die Planung auf einen Umfang von 282 000 Soldaten ausgerichtet, 2003 schrumpfte der geplante Umfang auf 250 000 Soldaten. Der Verteidigungshaushalt liegt bei 24,4 Milliarden Euro für das letzte und die nachfolgenden Jahre. Die Steigerung für 2007 auf 25,2 Milliarden Euro wird durch die Inflationsrate, die bei Rüstungsgütern bei etwa 2 Prozent pro Jahr liegt, mehr als aufgezehrt. Die für 2008 offiziell angestrebten Reformziele sind demnach nicht erreichbar. Die Ausgaben für eine moderne Ausrüstung pro Soldat werden zukünftig bei der Hälfte der entsprechenden Ausgaben in Frankreich liegen. Für eine mit Frankreich vergleichbare Ausrüstung wäre eine Ausgabensteigerung von bis zu 3 Milliarden Euro pro Jahr vonnöten. Bis 2010 entsteht so eine Investitionslücke von bis zu 15 Milliarden Euro.

Beim Heer etwa sinkt die Zahl der Bataillone von 422 auf 74, die Zahl der Panzer von 5 119 auf 350, die Zahl der Flugzeuge der Luftwaffe von knapp 1 000 auf 265 Kampf- und 60 Transportflugzeuge, und die Marine, die auf ein Drittel ihres Personals reduziert wird, verliert ihre Jagdbomber-Geschwader.¹⁰ Dabei entsprechen die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mitteln nicht einmal der an sich schon inakzeptablen Planung. 2004 erfolgte eine Absenkung der Mittel von 24,4 auf 23,8 Milliarden Euro. Würde dieser Betrag fortgeschrieben, stünden bis 2008 real bis zu einem Drittel weniger Haushaltsmittel zur Verfügung. Die Beschaffungsausgaben pro Soldat lägen dann nicht mehr bei der Hälfte, sondern bei einem Drittel der französischen Ausgaben.

Im Vergleich zu Frankreich und anderen europäischen Staaten müsste der Umfang der deutschen Streitkräfte unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, des Bruttoinlandsproduktes und des Wohlstandes statt 250 000

(entspricht 232 000 Soldaten einer Freiwilligenarmee) etwa 90 000 Soldaten mehr, nämlich 320 000 (Freiwillige) umfassen. Selbst bei der zuvor geplanten 282 000 Mann starken Armee waren immerhin noch 50 000 Soldaten für Kriseneinsätze geplant. Mit der Streitkräfteplanung 2003 verringern sich nun die personellen Fähigkeiten für solche Einsätze um 18 Prozent auf 35 000 Mann.

Daher kann von einer angemessenen Lastenteilung keine Rede sein. Nach den einheitlichen NATO-Kriterien für die Aufteilung der Verteidigungslasten lag die Kennzahl für Deutschland 2003 bei 1,4 Prozent, in NATO-Europa durchschnittlich bei 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Aufgrund der Reform 2003 ist damit zu rechnen, dass die Kennzahl für Deutschland unter 1,4 Prozent sinkt. Um den durchschnittlichen Wert der europäischen NATO-Staaten zu erreichen, müsste der Verteidigungshaushalt auf 36 Milliarden Euro steigen.

Bei den jetzigen Haushaltsansätzen sind die Bündnisverpflichtungen gegenüber NATO und EU nicht einzuhalten. Deutschland kann nicht einmal mehr die 20 000 Mann für die NATO-Response-Force bereithalten, ganz zu schweigen von der Unmöglichkeit, der NATO im Bündnisfall für die Dauer eines Jahres die zugesagte schwere Division mit zwei Panzerbrigaden zur Verfügung zu stellen. Schließlich wird die Bundeswehr unter den mittleren europäischen NATO-Mächten

laut Karl Feldmeyer¹¹ auch dadurch zu einem Außenseiter etwa vom Rang der Slowakei, dass das Heer durch die neuen Planungen seine Fähigkeit zum Gefecht verliert. Die Eingreifkräfte umfassen nämlich die Teile des Heeres, die für Kampfeinsätze bereitgehalten werden. Nur sie werden für Gefechtseinsätze ausgebildet und ausgerüstet.

Offenbar leistet die deutsche Verteidigungs- und Rüstungspolitik viel zu wenig für die Herausbildung jenes „militärisch starken Europas“, das laut Gerhard Schröder „für Europa einen Imperativ darstellt, wenn es mit den USA von gleich zu gleich reden will.“¹² Zur Erreichung dieses Ziels müsste Deutschland nicht allein zu einer gerechteren Lastenteilung zurückfinden und größere Anstrengungen unternehmen, um seine Bündnisfähigkeit wieder herzustellen. Es müsste sich auch europapolitisch umorientieren. Das hieße, Abschied von der Illusion zu nehmen, man könne mit Paris allein oder mit einer Erweiterung des Zweierdirektoriums zum Beispiel um Großbritannien die EU entscheidend voranbringen. Wenn Deutschland wirklich ein starkes und das heißt auch stärker integriertes Europa haben will, dann muss es seine Bemühungen um diejenigen Länder intensivieren, die ihrerseits ebenfalls integrationswillig sind, um mit ihnen unter anderem die strukturierte Zusammenarbeit in der ESVP zu forcieren. Frankreich wird dabei sicherlich nicht abseits stehen wollen.

1 Siehe www.defense.gouv.fr.

2 „Le Figaro“, 3.10.2003; „Le Monde“, 9.10.2003.

3 Vgl. den Beitrag von John Brosky in der Augustausgabe 2002 von „The Journal of Electronic Defense“.

4 Vgl. den Site der französischen Staatspräsidenschaft, <http://www.elysee.fr/>.

5 „Le Monde“, 27.9.2003 und 5.12.2003.

6 „Le Monde“, 29./30.9.2002.

7 Vgl. die Rede des Premierministers vor dem IHEDN, www.premier-ministre.gouv.fr.

8 „Le Monde“, 13.7.2002 und 14./15.7.2002; „Le Figaro“, 23.10.2003 und 18.2.2004.

9 Die Studie ist abrufbar unter www.unibw-muenchen.de/miloeek.

10 Vgl. Karl Feldmeyer: Wie vor 15 Jahren – und doch anders. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 17.7.2004.

11 Vgl. seinen Beitrag: Verteidigungsbereitschaft entfällt. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 30.12.2003.

12 Gerhard Schröder in „Le Figaro“, 5./6.6.2004.